

N i e d e r s c h r i f t

HFA/045/2009

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 10.03.2009**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder SPD Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Vertretung für Herrn Raphael Bögge
Herr Johannes Havers	CDU	Vertretung für Herrn Christian Kaisel
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Vertretung für Herrn Josef Wilp

Gäste:

Herr Raimund Gausmann	Anwesend zu TOP 4
Frau Jochimsen, Wfa	Anwesend zu TOP 3.1

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Wolfgang Nehus	stellv. Fachbereichsleiter FB 7
Herr Raimund Hötke-r	Fachbereichsleiter FB 8
	Anwesend bis TOP 3
Frau Wiebke Gehrke	Stabsstelle Bürgerengagement
	Anwesend bis TOP 6
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
	Anwesend bis TOP 9
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Herr Günter Strauch	Projektmanagement
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder:**

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 44 über die öffentliche Sitzung am 03. Februar 2009

0:01

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 03. Februar 2009 gefassten Beschlüsse

0:01

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

0:01

3.1. Wohnungsmarkt Rheine - Kommunalprofil der Wfa

Herr Lützkemeier verliest folgende Information zum Thema Wohnungsmarkt Rheine – Kommunalprofil der Wfa:

Aktuelle und umfassende Informationen über die Wohnungsmärkte sind eine wesentliche Voraussetzung für bedarfsgerechtes, vorausschauendes Handeln in Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik. Heutige und zukünftige Probleme der Wohnungsmärkte können von den Entscheidungsträgern nur erkannt werden, wenn eine umfassende Daten- und Informationsbasis zur Verfügung steht. Dazu bedarf es einer kontinuierlichen und differenzierten Wohnungsmarktbeobachtung.

Mit ihren Analysen liefert die Wfa ein aktuelles und differenziertes Bild der Wohnungsmärkte in Nordrhein-Westfalen. Um dem steigenden Bedarf an regionalen und lokalen Marktinformationen gerecht zu werden, leistet die Wfa auch fachliche und organisatorische Unterstützung für Städte und Regionen.

Diese Marktinformationen hat die Wfa noch weiter differenziert und aus ausgewählten Wohnungsmarktindikatoren ein Kommunalprofil Rheine entwickelt.

Dazu wird Ihnen gleich Frau Jochimsen von der Wfa vortragen, die ich auch nochmals ganz herzlich begrüßen möchte.

Die Lage auf den Wohnungsmärkten hat sich seit Mitte der neunziger Jahre entspannt. Kommunale Wohnungspolitik ist deswegen nicht einfacher geworden.

Angesichts leerer öffentlicher Kassen sind die Städte dabei jedoch auf einen treffsicheren und effizienten Einsatz öffentlicher Ressourcen sowie eine enge Kooperation mit den Wohnungsmarkt-Akteuren angewiesen. Für beides – Steuerung und Kooperationsprozesse – benötigt die kommunale Politik aktuelle und umfassende Informationen über die Entwicklungen auf ihrem Wohnungsmarkt.

Die Wfa hat für Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren ein beispielhaftes System zur landesweiten Wohnungsmarktbeobachtung aufgebaut. Mit diesen Erfahrungen unterstützt die Wfa nun Städte und Gemeinden, auch die Stadt Rheine beim Aufbau kommunaler Beobachtungssysteme.

Im Rahmen des LAG 21 NRW Projektes „Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement“ sollen die Voraussetzungen für ein kommunales Handlungskonzept Wohnen geprüft werden.

Die neuen Förderbestimmungen des Landes NRW weisen verstärkt darauf hin, dass zukünftig nur noch öffentliche Mittel fließen, wenn Kommunen über ein Handlungskonzept Wohnen verfügen, um den Mitteleinsatz effizient zu gestalten.

Die Kommunen werden aufgefordert, kommunalpolitisch abgestimmte örtliche Handlungskonzepte zur Wohnungsversorgung unter Beteiligung der Wohnungswirtschaft zu entwickeln.

Für das Jahr 2009 hat das Land NRW bereits die Förderung von Mietwohnungen und Familienheimen neu aufgestellt.

So wird aufgrund des sg. Pestel-Gutachtens, im Auftrag des Ministeriums für Bauen und Verkehr, erstellt, die Wohnungsraumförderung radikal verändert.

Miete und Förderdarlehn für die Förderung von Mietwohnungen richten sich zukünftig nach dem Bedarfs- und Mietniveau der jeweiligen Kommune.

Bei der Eigentumsförderung werden die Förderdarlehn ebenfalls nach dem Bedarfs- und Kostenniveau einer Kommune beurteilt.

Vor diesem Hintergrund ist es außerordentlich wichtig, sich rechtzeitig auf die Veränderungen am Wohnungsmarkt einzustellen.

Anhand der als Anlage 1 der Niederschrift beigelegten Folien stellt Frau Jochimsen von der Wfa ausführlich die Inhalte des Kommunalprofils für Rheine und der Regionalanalyse für den Kreis Steinfurt vor.

Nach einer kurzen Aussprache der Fraktionen, nehmen die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses die Informationen zur Kenntnis.

3.2. Wettbewerb NRW-Klimakommune

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf den Wettbewerb zur NRW-Klimakommune. Der Jury sei in einem Film die drei Leitprojekte präsentiert worden. Dieser Film sei in der letzten Woche kurzfristig erstellt worden und werde nun jedem Ratsmitglied zur Verfügung gestellt.

Ausgezeichnet seien letztendlich zur NRW-Klimakommune die Kommunen Saerbeck und Bocholt. Im Namen der Stadt Rheine habe sie, Frau Dr. Kordfelder, eine offizielle Gratulation ausgesprochen. Der Minister habe im Telefonat ausdrücklich seine weitere Unterstützung und Begleitung zugesagt. Wie diese Unterstützung und Begleitung ausfalle, sei abzuwarten.

Zwischenzeitlich sei eine Einladung zur Netzerkennung der an dem Wettbewerb beteiligten Akteure eingegangen. Die Stadt Rheine werde an diesem Termin beim Städte- und Gemeindebund am 3. April 2009 präsent sein.

Darüber hinaus informiert Frau Dr. Kordfelder über den Beitritt zum Konvent der EU-Bürgermeister, mit dem Ziel, die von der EU bis 2020 angestrebte Verringerung des CO₂ Emissionsausstoß um 20% zu übertreffen. Daneben werde sich die Stadt Rheine selbstverständlich an weiteren Ausschreibungen, wie zum Beispiel an den kommunalen Klimaschutzwettbewerb, beteiligen.

Zum weiteren Vorgehen weist Frau Dr. Kordfelder auf die am 26. März stattfindende Abschlussveranstaltung zum Thema Thermografie hin. Am 28. März werde das Energieeffizienzzentrum am Borneplatz eingeweiht. Vom 1. bis zum 3. April finde in Rheine der EU-Kongress der Bürgermeister der kleinen und mittleren Städte Europas statt.

Die Verwaltung werde nun überprüfen, wie Mittel für die Durchführung der geplanten Maßnahmen und Projekte beschafft werden könnten. Dazu werde sie der Politik rechtzeitig Informationen zukommen lassen.

4. Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2020 - 1. Sachstandsbericht zu den Leitprojekten Vorlage: 116/09

00:46

Frau Dr. Kordfelder gibt einen kurzen Überblick über die bisherige Entwicklung des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes Rheine 2020 wider. Sie führt aus, dass die Vorlage den Beteiligten aus Rat und Verwaltung das Vorschreiten der Umsetzung nach einen langen Partizipations- und Entwicklungsprozess verdeutlichen solle.

Herr Gausmann informiert über das abgeschlossene Leitprojekt 13 „Stadtteilzentrum Haus ohne Barrieren – Haus für Ehrenamt, Service und soziale Kontakte“ anhand der als Anlage 2 der Niederschrift beigefügten Präsentation.

Frau Dr. Kordfelder sowie die Fraktionen bedanken sich für die geleistete Arbeit.

Zum laufenden Unterpunkt „Entwicklung von Bahnflächen“ des Leitprojekts Brachflächenentwicklung erläutert Herr Schröder ausführlich anhand der als Anlage 3 der Niederschrift beigefügten Folien.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verliest Herr Reiske folgenden Antrag:

Fraktion B 90 / Die Grünen
Kugeltimpen 7
48431 Rheine

hij. 10.3.09
/Kordfelder

9.03.2009

Mr. I / SWR / TBR

Rat der Stadt Rheine
Frau Dr. Kordfelder
Klosterstrasse 14

48431 Rheine

Grüne

Gewerbepark Rheine „R“

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

die Fraktion B 90 / Die Grünen beantragt:

Für den Gewerbepark Rheine „R“ soll im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden, ob dieses neue, stadtnahe Gewerbegebiet seine Energieversorgung zu 100% aus Erneuerbaren Energien decken kann.

Begründung:

Die Energieversorgung ganzer Gewerbegebiete durch Erneuerbare Energien ist bislang in Deutschland nicht und wenn, dann lediglich in Ansätzen durchgeführt worden. Anders in Österreich: In der Steiermark wird das Gewerbegebiet „Hartberg“ zu 100% mit Erneuerbarer Energie versorgt. Auch wenn eine direkte Übertragbarkeit dieses Konzepts auf den Gewerbepark Rheine „R“ nicht möglich ist, sollte aus Sicht der Grünen Ratsfraktion im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden, in welchem Umfang die Energieversorgung durch Erneuerbare Energien erfolgen kann. Die Stadtwerke Rheine sind hierbei eng zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Reiske

Frau Ehrenberg macht anhand der Projekte „Erprobung zur Durchlässigkeit der Schulformen – Steigerung der Chancengleichheit“ sowie „Qualifizierungspaket in der beruflichen Aus- und Fortbildung“ den Zusammenhang mit dem Gesamtthema „Regionale Bildungslandschaft deutlich. Das Referat von Frau Ehrenberg zum Thema „Regionale Bildungslandschaft im Kreis Steinfurt – Zukunft der Schulen in Rheine“ ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Frau Dr. Kordfelder bedankt sich beim fachübergreifenden Projektmanagement für die intensive Vorbereitung der Vorlage.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine nimmt die Bestandsaufnahme zum Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2020 (IEHK) zur Kenntnis.

**5. Arbeits- und Projektplanung der Stabsstelle Bürgerengagement
Vorlage: 099/09**

01:30

Frau Gehrke erläutert ausführlich die Arbeits- und Projektplanung der Stabsstelle Bürgerengagement.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Informationen zur Arbeits- und Projektplanung der Stabsstelle Bürgerengagement zur Kenntnis.

**6. Sachstandsbericht zur Arbeit der Stadtteilbeiräte
Vorlage: 098/09**

01:43

Frau Gehrke gibt einen aktuellen Sachstand und Überblick zur Arbeit der Stadtteilbeiräte und verweist auf die Vorlage.

Herr Ortel schließt sich der in der Vorlage dargestellten positiven Bewertung an. Seine Fraktion kritisiere jedoch weiterhin die Beteiligung von Politik in den Stadtteilbeiräten. Diese organisierte Beteiligung von Politik werde auch in Zukunft die Zustimmung seiner Fraktion nicht finden.

Herr Roscher bedankt sich für die Arbeit der Stadtteilbeiräte sowie für die Arbeit innerhalb der Verwaltung. Er signalisiert, dass sich seine Fraktion auch nach der Kommunal für ein Weiterbestehen der Stadtteilbeiräte einsetzen werde.

Die Beteiligung von Politik innerhalb der Stadtteilbeiräte hält Herr Kohnen für unproblematisch. In seinem Stadtteil bringe sich die Politik rein informativ ein. Er regt an, insgesamt über die Arbeit in den Stadtteilbeiräten nachzudenken und auch darüber, ob das Ehrenamt überfrachtet werden dürfe. Herr Kohnen bezieht

sich auf die Situation in Gellendorf und kritisiert das derzeitige Verfahren der Kostennahmeerklärung.

Frau Dr. Kordfelder macht seitens der Verwaltung deutlich, dass ein ganz besonderer Erfolg in der Arbeit der Stadtteilbeiräte mit dem Wettbewerb „Gemeinsam Zukunft gestalten“ verbunden war. Durch diesen Wettbewerb sei ein Schub durch die Stadtteilbeiräte gegangen, sich mit Projekten zu engagieren. Die Verwaltung überlege derzeit einen solchen Wettbewerb zum Thema Klimaschutz erneut auszuloben.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

7. Entwicklung von Stadtmarketing - Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel Vorlage: 070/09

01:57

Herr Niehues erklärt, dass sich seine Fraktion nochmals sowohl mit Herrn Weber als auch mit Frau Rudolph zum Thema Stadtmarketing auseinander gesetzt habe. Zum Punkt 1 des Beschlussvorschlags bestehe einvernehmen. Zum Punkt 2 des Beschlussvorschlags beantragt Herr Niehues, den Zuschuss an den Verkehrsverein Rheine e. V. nicht um 80.000 Euro sondern um 50.000 Euro zu erhöhen. Diese erste Maßnahme sei geknüpft an der Bedingung einer konsensualen Abstimmung im Arbeitskreis Marketing. Dieser Arbeitskreis habe seit über einem Jahr nicht getagt. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei es richtig und notwendig, dass das, was konzeptionell an Ideen entwickelt wurde, in diesem Arbeitskreis zu einer Konsenslösung besprochen wird. In dem Arbeitskreis Marketing seien neben dem Handelsverein und Verkehrsverein hinaus weitere Akteure vertreten, die man mitnehmen müsse.

Darüber hinaus sehe die CDU-Fraktion dringenden Handlungsbedarf und Aktivitäten im Bereich des Stadtmarketings, aber auch im Sinne des Stadtmanagements. Herr Niehues informiert, dass der Aufsichtsrat der EWG sich in dieser Woche mit der Thematik befassen werde. Darüber hinaus werde der Arbeitskreis Innenstadt gerade zu diesen Aktivitäten diskutieren. Insofern gehe die CDU-Fraktion davon aus, dass nach der Bewilligung von 50.000 Euro weitere Personal- und gegebenenfalls Sachkosten auf Rheine zukämen, die in einem weiten Schritt diskutiert und freigegeben werden müssten.

Herr Reiske berichtet über ein ausführliches Gespräch mit Frau Rudolph. Für seine Fraktion sei das Konzept insgesamt schlüssig, stimmig und überzeugend. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe ein absolut großes Engagement des Verkehrsvereins feststellen können. Insofern sei man der Auffassung, dass an dieser Stelle durch Frau Rudolph ein hervorragendes Stadtmarketing und ein gutes Stadtmanagement betrieben werde. Der Beschlussvorschlag finde daher Zustimmung.

Für die SPD-Fraktion teilt Herr Roscher Zustimmung zum vorgelegten Beschlussvorschlag mit. Die Summe von 80.000 Euro sei erforderlich. Eine Reduzierung gefährde das Konzept.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über die Punkte des Beschlussvorschlags separat abstimmen.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Gesamtkonzept „Stadtmarketing“ auf der Grundlage des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes Rheine 2020 zu entwickeln. Er empfiehlt dem Rat der Stadt für die Teilnahme der Stadt Rheine an förderfähigen Projekten auf Landesebene im Budget 0201 zusätzlich 20.000 € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Abänderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt eine Erhöhung des Zuschusses an den Verkehrsverein Rheine e.V. um 50.000 €. Die zusätzlichen Haushaltsmittel werden im Budget 0201 – Informations- und Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

11	Ja-Stimmen
3	Nein-Stimmen
5	Enthaltungen

8. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2009 - 2012 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen
Vorlage: 119/09

02:14

Einleitend verliest Herr Lütke-meier folgende Erläuterungen zur Beratung der Ergebnis- und Investitionsplanung 2009 – 2012.

Seit Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfes haben sich nicht nur durch die Beratungen in den Fachausschüssen sondern auch durch inzwischen eingetretene neue Erkenntnisse oder Umstände in der Summe ganz erhebliche Veränderungen zur ursprünglichen Planung ergeben.

Der Ergebnisplan schloss nach dem Entwurf mit einem Fehlbedarf in Höhe von 8,765 Mio. Euro ab. Dieser Fehlbedarf erhöht sich unter Berücksichtigung der Ihnen mit der Vorlage dargestellten Veränderungen und der gleich noch darzustellenden weiteren Anpassungen insgesamt um knapp 5 Mio. Euro auf jetzt 13,757 Mio. Euro.

Die erhebliche Abweichung hat im Wesentlichen folgende Ursachen:

Im Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen waren Anpassungen vorzunehmen, die in der Summe eine Verschlechterung von rd. 2,4 Mio. Euro ausmachen. Darin schlagen sich hauptsächlich die bereits bei Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes bekannte und angesprochene Erhöhung der Kreisumlage um 1,1 Mio. Euro sowie die Reduzierung der Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um rd. 1 Mio. Euro nieder.

Erhöhung der Gesamt-Personalaufwendungen um rd. 0,6 Mio. Euro durch absehbare Besoldungsanpassungen und die unausweichliche Einrichtung neuer Stellen.

Erhöhung der Fachbereichsbudgets um 1,9 Mio. Euro; davon entfallen jeweils 0,9 Mio. Euro auf den Jugendhilfebereich und auf geringere Erträge bzw. höhere Aufwendungen im Bereich der Beteiligungen.

Herr Niehues teilt mit, dass die Vorlage grundsätzlich Zustimmung finde. Seine Fraktion behielt sich jedoch aufgrund der Unklarheiten zum Konjunkturprogramm II, noch Änderungen bis zur Ratssitzung am 31. März 2009 vor.

Zu zwei Punkten solle heute eine Abstimmung erfolgen.

Zum einen seien die derzeit bekannten Mehrkosten in Höhe von 78.500 Euro über den vom Bauausschuss freigegebenen 2 Millionen Euro, für den Neubau der Feuerwehr Mesum zu beschließen. Die CDU-Fraktion sei bereit, die erhöhte Summe, einschließlich der noch unbekannten Summe für die regenerative Wärmegewinnung in den Haushaltsentwurf 2009 aufzunehmen. Die Mehrkosten seien jedoch mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Als zweiten Punkt beantragt die CDU-Fraktion zur Thematik Feuerwehrstandort rechts der Ems, 100.000 Euro Planungskosten für die Finanzplanung 2010 zu berücksichtigen.

Herr Roscher bezieht sich auf die Budgetverbesserung in Höhe von 37.330 Euro beim Produkt 220 – Leistungen zur Grundversorgung und fragt, ob der SPD-Antrag vom 9.2.2009 hierin berücksichtigt sei. Die SPD-Fraktion beantragte die Ressourcen für die Umsetzung des Migrations- und Integrationskonzeptes im Produkt 2004 Betreuung von Migranten auf 1,00 Euro pro Einwohner der Stadt Rheine bzw. von 60.000 Euro auf 75.000 Euro für das Jahr 2009 zu erhöhen. Sollte die Berücksichtigung noch nicht erfolgt sein, sei heute über eine Reduzierung der Produktverbesserung in Höhe von 15.000 Euro zu beschließen, so Herr Roscher abschließend.

Frau Ehrenberg erläutert den bisherigen Beratungsverlauf zu diesem Antrag. Es sei vorgesehen worden, in der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses über den Antrag der SPD-Fraktion zu beschließen.

Herr Roscher bezieht sich auf die Investitionsplan des Fachbereichs 5 – Planen und Bauen, zum Projekt Beleuchtung der Delsenbrücke 10.000 Euro Mehrauszahlungen in 2009 und beantragt über dem Antrag des Stadtteilbeirates Schotthock hinaus eine Erweiterung am Gertrudenweg und Bentlager Weg.

Herr Schröder führt aus, dass der Antrag im Bauausschuss eingebracht wurde. Die Verwaltung sei beauftragt worden eine Kostenermittlung durchzuführen. Im Bauausschuss werde hierzu berichtet. Die Gesamtkosten werden auf 90.000 Euro geschätzt.

Herr Niehues teilt mit, dass seine Fraktion keine Zustimmung zu den gestellten Anträgen der SPD-Fraktion geben könne. Weitergehende Anträge zur Position Beleuchtung der Delsenbrücke stünden derzeit nicht zur Disposition. Der Antrag zur Ressourcenaufstockung für die Umsetzung des Migrations- und Integrationskonzeptes sei zu unpräzise und könne inhaltlich nicht nachvollzogen werden.

Es entsteht eine intensive Diskussion.

Frau Dr. Kordfelder unterbricht die Sitzung um eine Beratung innerhalb der Fraktion zu ermöglichen.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung teilt Herr Roscher mit, dass die SPD-Fraktion die beantragten Punkte vorerst zurückstelle. Der Arbeitstitel für die Planungskosten in Höhe von 10.000 Euro solle jedoch wie im Bauausschuss besprochen auf „Beleuchtung der Delsenbrücke / Bentlager Weg“ umbenannt werden.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Vorschlag zu.

Herr Reiske informiert über einen Antrag des Portugiesischen Freizeitvereins und bittet um Aufarbeitung bis zur Ratssitzung.

Frau Ehrenberg informiert über geplante Gespräche. Eine Zusage, die Materie bis zum 31. März 2009 aufgearbeitet zu haben, könne sie jedoch nicht geben.

Herr Reiske bezieht sich auf den bereits eingebrachten Antrag seiner Fraktion zum Thema „Stabsstelle Energiemanagement“. Er macht deutlich, dass seine Fraktion, eine Aufstockung in diesem Bereich für notwendig halte. Die hier zu beschäftigende Person mache sich durch Energieeinsparungen mehr als bezahlt.

Bevor Frau Dr. Kordfelder über die Beschlussvorschläge einzeln abstimmen lässt, gibt Herr Lütke-meier noch folgende Ergänzungen.

Zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages führt Herr Lütke-meier aus, dass bei der Produktgruppe 02 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Sonderbereich 0 ergänzend zu den gefassten Beschlüssen, Mehraufwendung in Höhe von 70.000 Euro zum Haushalt berücksichtigt werden müssen.

Darüber hinaus weist Herr Lütke-meier darauf hin, dass bei der Erstellung der Tabelle nach der Anlage 1 ein Fehler unterlaufen sei. Dieser Fehler betreffe den Fachbereich 1 und dort die Produkte 1305 Städtische Museen sowie 1307 Kloster Bentlage. Versehentlich sei der Mehraufwand zur Aufstockung des Betriebskostenzuschusses an die Kloster Bentlage gGmbH nicht dem Kloster sondern den Städtischen Museen zugeordnet worden. Summarisch hat dieser Fehler keine Auswirkung auf Haushalt.

Zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages weist Frau Ehrenberg auf den gerade gefassten einstimmigen Beschluss des Jugendhilfeausschusses zur Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 hin.

Herr Lütke-meier ergänzt, dass zur Anlage 3 bei der Produktgruppe 52 Gebäudemanagement Mehrerträge aus der 100-prozentigen Förderung eines Klimamangers zur berücksichtigen seien. Für 2009 seien 27.000 Euro, für 2010 54.000 Euro und für 2011 nochmals 27.000 Euro zu berücksichtigen. Die zusätzlichen Personalaufwendungen seien bei den Gesamtpersonalaufwendungen in der Anlage 5 bereits berücksichtigt.

Herr Lütke-meier informiert über eine weitere Anpassung im Investitionsplan, Anlage 4. Dort seien die Aufwendungen für die Freileitungskabelverlegung von den veranschlagten 300.000 Euro auf 210.000 Euro zu ändern.

Aus der vorangegangenen Beratung ergebe sich eine weitere Veränderung in der Anlage 4. Dort müsse die Summe von 100.000 Euro für den Neubau der Feuerwehr Mesum zusätzlich berücksichtigt werden. Darüber hinaus seien die 100.000 Euro Planungskosten für die Feuerwehr rechts der Ems zu berücksichtigen. Der Wortlaut Beleuchtung Delsenbrücke/Bentlager Weg werde geändert, so Herr Lütke-meier abschließend zum Punkt 2 des Beschlussvorschlags.

Zum Punkt 4 des Beschlussvorschlags merkt Herr Lütke-meier an, dass die zu Ziffer 1 beschlossenen Veränderungen zur nachträglichen Anpassung im Ergebnisplan nun zu einem Fehlbedarf in Höhe von 13.757.000 Euro führen. Der Kreditbedarf im Finanzplan erhöhe sich auf 3.797.000 Euro.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etat-Beratungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 der Vorlage zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer I. enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen unter Berücksichtigung der vorab gefassten Beschlüsse der heutigen Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den vorgeschlagenen Budgetveränderungen gemäß den Anlagen 3 und 4 der Vorlage unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer II. enthaltenen Erläuterungen, sowie der aufgeführten Ergänzungen und Veränderungen wie von Herrn Lütke-meier vorgetragen, zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der vorgeschlagenen Anpassung des Gesamtpersonalaufwandes auf 25.986.889 € gemäß der Anlage 5 der Vorlage unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer III. enthaltenen Erläuterungen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß den Anlagen 6 und 7 der Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

5. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen gemäß der Anlage 8 der Vorlage unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer IV. enthaltenen Erläuterungen auf 6.701.000 € festzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

6. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2009 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2009 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu beschließen mit der Ergänzung für 2010 100.000 Euro Planungskosten zur Standortfrage Feuerwehr rechts der Ems aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

. **Einwohnerfragestunde**

03:12

Da es inzwischen 19:00 Uhr geworden ist, ruft Frau Dr. Kordfelder den o. g. Tagesordnungspunkt auf.

Es folgen keine Wortmeldungen.

9. Gesamtstellenplan 2009
Vorlage: 107/09

03:13

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den als Anlage 1 - 3 der Vorlage beigefügten Stellenplan für das Jahr 2009 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

03:13

Frau Dr. Kordfelder verliest folgenden Vermerk.

V e r m e r k

TOP 10: Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss - öffentlicher Teil

Antrag auf Unterstützung der integrativen Arbeit des Portugiesischen Freizeitzentrum e. V.

Mit Schreiben vom 04. März 2009 beantragt der Portugiesische Freizeitzentrum e.V. einmalig für das Jahr 2009 5000€ zur Unterstützung der integrativen Arbeit des Vereins.

Verfahrensvorschlag

Verweisung des Antrags zur Überprüfung an die Verwaltung.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Vorschlag nicht.

11. Einwohnerfragestunde

Der Tagesordnungspunkt wurde nach TOP 8 aufgerufen.

12. Anfragen und Anregungen

03:14

**12.1. Vermietung von Dachflächen für Solaranlagen - Anfrage von
Herr Reiske**

Herr Reiske bittet um Mitteilung, ob private Investoren sich gemeldet hätten, die unter den angegebenen Bedingungen, Dachflächen für Solaranlagen mieten wollen. Darüber hinaus bittet er um einen Vergleich anderer Kommunen.

12.2. Resolution für eine Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Bundestagswahl - Antrag der SPD-Fraktion

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wird von Herrn Roscher verlesen:



hij. 10.3.2009
[Signature]

10.03.2009

Antrag der SPD-Fraktion

die Fraktion der SPD beantragt, der Rat der Stadt Rheine möge folgende Resolution beschließen:

„Der Rat der Stadt Rheine fordert die Landesregierung auf, den Termin der Kommunalwahl 2009 mit dem Termin für die Bundestagswahl am 27. September zusammenzulegen.“

Begründung:

Das Landesverfassungsgericht hat mit Richterspruch vom 18.02.2009 das Vorhaben der Landesregierung NRW, die Kommunalwahl vorzuziehen und am 07.06.2009 mit der Europawahl durchzuführen, für verfassungswidrig erklärt. Da der neu gewählte Rat erst am 21. Oktober zusammentreten werde, sei das viereinhalb monatige Nebeneinander von gewählten und abgewählten Räten als Verstoß gegen die Volkssouveränität zu werten. Der Präsident des Verfassungsgerichtes, Michael Bertrams, bezeichnete das entsprechende Gesetz insoweit als „mit demokratischen Grundsätzen (...) unvereinbar und nichtig“. Daraufhin nannte Innenminister Wolf in einer Presseerklärung den 30. August 2009 als neuen Termin für die Kommunalwahl. Dieser Termin liegt vier Wochen vor der Bundestagswahl am 27. September 2009 und zwei Wochen nach den Schulferien.

Aus Sicht einer Kommune bringt der geplante Wahltermin erhebliche organisatorische und finanzielle Belastungen mit sich. So würden die Wählerinnen und Wähler am 7. Juni, am 30. August und am 27. September innerhalb von drei Monaten für drei Wahlen an die Urnen gerufen. Der Stadtverwaltung wird es zudem sehr schwer fallen, die ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in so kurzer Abfolge wieder zu aktivieren.

Zentrale Argumente der Landesregierung für die Durchführung der Kommunalwahlen am Tag der Europawahl waren die Bündelung von Wahlen, die Reduzierung von Kosten und die Erhöhung der Wahlbeteiligung. Diese Ziele werden durch die nun beabsichtigte getrennte Durchführung von Kommunal- und Bundestagswahl erkennbar nicht erreicht.

Derartig viele und kurz hintereinander liegende Wahltermine könnten etliche Wahlberechtigte von einer Wahlbeteiligung abhalten und so negative Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung haben. Zudem bleibt den ehrenamtlich politisch Aktiven mit zwei Wochen nach Ende der Sommerferien in NRW wenig Möglichkeit, in angemessenem Umfang für sich und ihre politischen Positionen zu werben.

Für Rheine wie auch für viele andere Städte und Kreise ist die Durchführung der Kommunalwahl an einem separaten Termin mit erheblichen Zusatzkosten verbunden. Für Rheine ist mit zusätzlichen Ausgaben von rund 30.000 Euro zu rechnen.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage ist diese vermeidbare Ausgabe den BürgerInnen schwer zu vermitteln.

Das Ziel, Kommunalwahlen und Europawahlen auf einem verfassungsgemäßen Weg ab 2014 zusammenzuführen, kann durch eine Verkürzung der nächsten Wahlperiode um drei Monate erreicht werden, indem eine solche Verkürzung vor dem Beginn der nächsten Wahlperiode vom Gesetzgeber beschlossen wird.

Aus vorgenannten Gründen kann es nur eine sinnvolle Entscheidung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen geben: ein gemeinsamer Termin für die Kommunalwahl und für die Bundestagswahl am 27. September 2009.

Wir fordern die Landesregierung auf, im Sinne einer hohen Wahlbeteiligung, einer Bündelung der Urmengänge und zur Vermeidung zusätzlich entstehender Kosten diesen Wahltermin für die Kommunalwahl 2009 festzulegen.

[Signature: G. Rosche]



**12.3. Breitbandverbindung in den Außenbereichen des Stadtgebietes
- Anfrage von Herrn Hagemeier**

Herr Hagemeier fragt, ob es zu dem Thema Breitbandausbau in den ländlichen Bereich bereits ein Konzept vorliege.

Herr Kuhlmann teilt hierzu mit, dass die RHEINET mit der Firma Osnatel zur DSL-Versorgung für die Ortsteile Rodde sowie Hauenhorst sich in konkreten Gesprächen befinde. Ziel sei es, den potenziellen Kunden möglichst schnell ein kostengünstiges Angebot unterbreiten zu können. Das Angebot der Firma Osnatel werde bis spätestens Ende des Monats März erwartet.

**12.4. Park- und Abfallprobleme im Bereich der Daimlerstraße und
Röntgenstraße - Anregung von Herrn Hagemeier**

Herr Hagemeier informiert über einen Besuch der CDU-Fraktion bei der Spedition Lohmöller. Thema war unter anderem das Problem mit den am Wochenende abgestellten Lastwagen sowie die hinterlassenen Verunreinigungen im Bereich der Daimlerstraße sowie Röntgenstraße. Herr Lohmöller regte an, in diesen Bereichen Abfallcontainer aufzustellen.

Herr Kuhlmann teilt mit, dass das Problem bekannt sei und informiert ausführlich über das derzeitige Verfahren sowie über die Planung zur Errichtung eines Truck & Van Centers der Firma Senger sowie eines Abstell- und Ratsplatzes der Firma Krimphoff und Schulte.

Ende des öffentlichen Teils: 20:30 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Michael Vogelsang
Schriftführer